



Kärntner
Gemeindebund



Aktualisierte Information zur Finanzlage der Kärntner Gemeinden

Sehr geehrte Bürgermeister:innen!
Sehr geehrte Amtsleiter:innen!

Aus aktuellem Anlass und anknüpfend an das gestrige Schreiben des Kärntner Gemeindebundes möchten wir Sie über den Verlauf und die (Nicht-)Ergebnisse des zweiten Finanzkrisengipfels informieren.

Der Beginn war sachlich und strukturiert, die kommunalen Interessenvertretungen waren bestrebt, angesichts der teilweise seit dem letzten Gipfel geänderten finanzausgleichsrechtlichen Rahmenbedingungen auf bisherigen Zusagen aufzubauen und konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Effekte des Finanzausgleichs

Übereinstimmung wurde dahingehend erzielt, dass die Kärntner Städte und Gemeinden aufgrund des Paktums zum Finanzausgleich rd. 29 Millionen Euro an Mehreinnahmen, die bislang nicht budgetiert wurden, erhalten werden (§ 24 FAG Zweckzuschüsse, u.a. Strukturfonds, der 50-Prozent-Anteil am Zukunftsfonds Bereich "Elementarpädagogik", jedoch zweckgebunden für 1-3-Jährige). Der Gemeindeanteil an im Jahr fließenden Mitteln für die Krankenanstalten idHv 12 Mio. Euro, die abgangsdämpfend wirken sollten, ist noch zu klären. Seitens der Interessenvertretungen wurde gefordert, die Informationen über die gemeindeweise Aufteilung dieser Zusatzmittel ehestmöglich den Gemeinden für ihre Budgeterstellung mitzuteilen.

Klärungsbedarf bei Zukunftsfonds

Relativ rasch zeigten sich jedoch Auffassungsunterschiede über die mögliche Verwendung und auch den Auszahlungsmodus der Mittel des Zukunftsfonds im Bereich der Elementarpädagogik und das Erfordernis einer rechtlichen Prüfung der Zulässigkeit der Verwendung der Mittel des Zukunftsfonds für laufende Ausgaben im Bereich Klima. Ebenso wurde offenkundig, dass weitere Unklarheiten und auch unterschiedliche Datenstände betreffend die Effekte des Finanzausgleichs auf die Gemeinden im Jahr 2024 vorliegen.

Unsere Forderungen

Gefordert wurden wie beim ersten Finanzkrisengipfel folgende Punkte:

- Entlastung der Gemeinden von Zahlungen in Bereichen, in denen sie keine Einflussmöglichkeiten haben (Landesumlage 45 Mio, Krankenanstalten 90-108 Mio.)
- Senkung des Umlagenschlüssels in der Kinder- und Jugendhilfe auf 50:50 mit Jahreswechsel (anstelle der halbjährigen Senkung um 0,5% bis 2027 – d.s. 1,3 Mio - 0 Mio. EUR bis 2029)
- Verlagerung systemfremder Zahlungspflichten der Schulerhalter in das System der Chancengleichheit (2,5 Mio. EUR)

- Adäquater Anteil der Gemeinden an dem auf Landesebene aufzuteilenden Zukunftsfonds gemäß Finanzausgleich (ges. rd. 68 Mio. Euro für Kärnten)
- Längst überfällige Reform gemeindeeigener Abgaben wie der Zweitwohnsitzabgabe (der Kärntner Gemeindebund forderte im September 2022 und Juli 2023 bereits die Verdoppelung) und Schließung von Steuerschlupflöchern (+ 8 Mio. EUR). Damit verbunden ist auch die dringende erforderliche Umsetzung einer Leerstandsabgabe, welche bereits 4 Bundesländer (Tirol, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg) eingeführt haben.
- Umsetzung einer Baulandmobilisierungsabgabe und einer Widmungsabgabe

Entgegen der Erwartungshaltung, weniger komplexe Themen rasch fixieren zu können, die nach Wahrnehmung der kommunalen Interessenvertretungen bereits informell zugestimmt wurde (Verdoppelung Zweitwohnsitzabgabe, Einsparungen in umlagenrelevanten Sozialbereichen), wurden folgende Arbeitsgruppen, die in der kommenden Woche starten sollten, eingerichtet

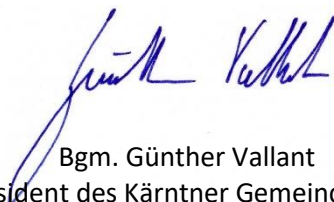
- AG **Zahlen** (Zahlen außer Streit stellen)
- AG **Einnahmen** (Ausschöpfung aller rechtlich zulässigen zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten der Gemeinden)
- AG **Zukunftsfonds** (Verhandlung bzw. Klärung der Verwendung der Zukunftsfonds-Mittel).

Auf Basis der Ergebnisse der Arbeitsgruppen, deren erste seitens des Landes heute auf 20. Dezember verschoben wurde, scheint auf Landesebene vor Umsetzung überdies noch eine koalitionsinterne Abstimmung gewünscht zu sein.

Ungeachtet drastischer Schilderungen, welche Auswirkungen zu kleine oder zu späte Lösungen für die Gemeinden, die Gesellschaft und die Bauwirtschaft haben werden, scheint das Problem unserer Wahrnehmung nach in seiner vollen **Tragweite nicht** bei allen Verhandlungsteilnehmer:innen **angekommen** zu sein. Zwar wurde versucht, das komplexe Problem zu strukturieren, definitive Zusagen wurden jedoch auch beim zweiten Finanzkrisengipfel nicht getätigt.

Um einerseits mehr und aussagekräftigeres Material zu sammeln und allenfalls notwendige gemeinsame **Protestmaßnahmen** auf Bundes- und Landesebene vorzubereiten, ersuchen wir um die Teilnahme an folgender Umfrage: <https://forms.office.com/e/uFgt8SaUOU> bis **06.12.2023**.

Beiliegend dürfen wir Ihnen auch eine heute bei uns eingelangte Antwort der Kärntner Landesregierung auf unsere Bemühungen im Sinne der Gemeinden übermitteln.



Bgm. Günther Vallant
1. Präsident des Kärntner Gemeindebundes



Bgm. Günther Albel
Obmann des Österr. Städtebundes Kärnten